

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Was machen die Banken und Versicherungen eigentlich mit meinem Geld?
Transparenz des Finanzwesens erhöhen**

Die Banken- und Finanzkrise der Jahre 2007/2008 hat deutlich gemacht, dass sich die Finanzwirtschaft meilenweit von ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Versorgung der Realwirtschaft mit Geld entfernt hat. Resultat dieser Krise war, dass viele Banken das Vertrauen ihrer Kundinnen und Kunden verloren haben und mit öffentlichen Mitteln gerettet werden mussten, um den Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften zu verhindern. Auf europäischer Ebene sind in Folge diverse Maßnahmen getroffen worden, um die Finanzwirtschaft und das Bankenwesen zu reformieren. Insbesondere der Abbau von faulen Bankkrediten, die eine enorme Wachstumsbremse darstellen, steht im Zentrum der Bemühungen der Europäischen Kommission (Transparenzherstellung über „faule“ Darlehen, Auslagerung dieser Darlehen in nationale Abbaueinheiten, mehr Eigenkapitalhinterlegung für diese Darlehen).

Aktuell wird es für Banken immer notwendiger mehr Transparenz in ihren Finanzabwicklungen zu schaffen, denn Kundinnen und Kunden haben ein hohes und gerechtfertigtes Interesse zu erfahren an welchen Unternehmen sich Banken beteiligen und welche Projekte dadurch realisiert werden – ob damit zum Beispiel regenerative Energien gefördert werden oder die Errichtung und der Betrieb von Kohlekraftwerken, ob damit Kleinbauern in Schwellenländern unterstützt werden oder Agrarkonzerne wie Archer Daniels Midland, Bunge oder Bayer (inklusive Monsanto). Bis auf wenige Ausnahmen erhalten die Kundinnen und Kunden bei den circa 2 000 Finanzinstituten in der Europäischen Union (EU) auch auf Nachfrage häufig keine Auskunft darüber, welche Investitionen mit ihrem Geld ermöglicht werden. In der Regel wissen sie also nicht, was mit ihrem Geld, das sie auf einem Spar- oder Girokonto, in einer Versicherung oder einem anderem Finanzprodukt anlegen, gemacht wird.

Auf dieser Grundlage könnten hieran interessierte Kundinnen und Kunden jedoch bewusste Anlage-Entscheidungen treffen und dabei ihr Entscheidungshandeln an ethischen und ökologischen Erwägungen orientieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundes- und EU-Ebene bei den anstehenden unabweisbaren Regulierungsvorhaben ergänzend dafür einzusetzen, dass Geldinstitute, Versicherungen und Fonds künftig transparent darlegen müssen, für welche Zwecke sie das Geld ihrer Kundinnen und Kunden einsetzen;
2. der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Jan Saffe, Nima Pirooznia, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Arno Gottschalk, Stephanie
Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion SPD